

19. Januar 2021

Statement von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister, für die Deutsche Presse-Agentur (dpa) nach den Bund-Länder-Beschlüssen zur Verlängerung bzw. Verschärfung des Lockdowns

Der Deutsche Städtetag unterstützt die Beschlüsse von Bund und Ländern zur Verlängerung des Lockdowns und wirbt bei der Bevölkerung um eine „weitere Kraftanstrengung im Kampf gegen die tückische Pandemie“. Die Städte begrüßen aber auch, dass Bund und Länder ein Konzept für eine Öffnungsstrategie erarbeiten wollen.

Städtetagspräsident Burkhard Jung sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Der Corona-Winter ist härter geworden als viele im Herbst gedacht haben. Und er wird jetzt auch länger dauern. Doch wir haben nur dann eine Chance, das Virus zu besiegen, wenn wir die zu hohen Infektionszahlen weiter nach unten drücken und die Gefahr durch die Mutationen ernst genug nehmen. Deshalb sind die zusätzlichen Maßnahmen nachvollziehbar und nötig: also zum Beispiel mehr Homeoffice, weniger Kontakte auf der Arbeit und im öffentlichen Verkehr und ein besserer Schutz durch wirksamere Masken.“

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister sagte weiter: „Lockerungs- und Öffnungsdiskussionen würden den Menschen zum jetzigen Zeitpunkt falsche Hoffnung geben. Wir brauchen jetzt noch einmal eine große gemeinsame Kraftanstrengung im Kampf gegen die Pandemie, um die Welle der Infektionen zu brechen. Trotzdem hoffen die Menschen natürlich nicht nur auf die Impfungen, sondern auch auf einen Lichtblick für die Zeit nach dem Lockdown. Deshalb begrüßen wir, dass Bund und Länder ein Konzept für eine Öffnungsstrategie erarbeiten wollen.“

Flächendeckende Impfungen sind ein wichtiger Schlüssel, um den Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Die kommunalen Impfzentren sind gut vorbereitet und könnten rasch sehr viele Menschen impfen. Wir gehen davon aus, dass täglich im gesamten Bundesgebiet eine Größenordnung von schätzungsweise 250.000 Impfungen möglich wäre. Das Tempo wird derzeit allerdings stark gedrosselt durch die geringen Impfstoffmengen, die wir bekommen. Und der Lieferengpass bei Pfizer/Biontech bringt die Planung vor Ort durcheinander und macht Terminvergaben schwierig. Das ist für alle Beteiligten eine echte Geduldprobe.

Es ist richtig, dass Bund und Länder medizinische Masken beim Einkaufen und im öffentlichen Nahverkehr verbindlich machen. Denn gerade angesichts der ansteckenden Mutationen brauchen wir einen wirksamen Schutz, wenn Menschen aufeinandertreffen. Der ÖPNV birgt zwar kein höheres Ansteckungsrisiko als anderswo, aber wir müssen versuchen, die Kontakte auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Damit sich in den Bussen und Bahnen und am Arbeitsplatz weniger Menschen befinden, bemühen wir uns in den Städten, den Nahverkehr so häufig wie möglich fahren zu lassen. Wir appellieren aber auch an die Arbeitgeber, mehr Arbeit im Homeoffice möglich zu machen oder flexible Arbeitszeiten anzubieten. Es ist

ein guter Schritt, dass Unternehmen ihren Beschäftigten Homeoffice jetzt ermöglichen müssen, sofern die Tätigkeiten das zulassen. Da muss mehr geschehen als bisher, um stärker Kontakte zu reduzieren.

Die Städte als Arbeitgeber wollen mit gutem Beispiel vorangehen und den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Homeoffice ermöglichen. Auch immer mehr Bürgerdienste werden nach und nach online angeboten. Gleichwohl sind wir weiter gefragt, für die Bevölkerung in der Krise sichtbar und vor Ort ansprechbar zu sein.“